

Gleichstellung jetzt!

Für Schwule und Lesben

Liberale wollen Toleranz, Freiheit und Vielfalt in unserer Gesellschaft. Deshalb ist die Gleichstellung von Schwulen und Lesben für uns kein Nebenthema, sondern eine wichtige Bürgerrechtsfrage.

Wir wollen, dass Schwule und Lesben ihr Leben nach ihren Vorstellungen und ohne Diskriminierungen leben können.

Und wir wollen, dass gerade Jugendliche es leichter haben, mit ihrer sexuellen Orientierung offen umzugehen.

Nachdem der § 175 StGB unter Federführung der FDP abgeschafft wurde, steht nicht mehr nur die Abschaffung diskriminierender Paragraphen im Mittelpunkt, sondern zunehmend die tatsächliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben. Das betrifft vor allem die Partnerschaften.

Zunächst einmal ist es aber Aufgabe jedes Einzelnen, gegen alltägliche Diskriminierungen vorzugehen und für mehr Akzeptanz zu werben. Jedoch sollten gerade auch die Schulen versuchen, den Jugendlichen ein vorurteilsfreies Bild von Schwulen und Lesben zu vermitteln. Lehrpläne und Lehrbücher sind so zu überarbeiten, dass schwul-lesbisches Leben als

gleichberechtigter Lebensentwurf dargestellt werden. Die Schule muss sich für Informationen durch schwul-lesbische Projekte öffnen, um Vorurteile durch Begegnungen abzubauen. Außerdem müssen schwullesbische Jugendprojekte endlich staatlich gleichberechtigt gefördert werden.

Die Jungen Liberalen wünschen sich zudem eine Arbeitswelt, in der niemand Freund oder Freundin vor Kollegen und Vorgesetzten verstecken muss, um berufliche Nachteile zu vermeiden.

Weder in der Privatwirtschaft noch im öffentlichen Dienst.

Daher fordern JuLis und FDP, dass die bestehenden Antidiskriminierungsbestimmungen im Arbeitsrecht um die „sexuelle Orientierung“ erweitert werden.

Gleichstellung für Schwule und Lesben

Wir JuLis finden alle Gemeinschaften, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, wichtig und wertvoll für die Gesellschaft - unabhängig von der sexuellen Orientierung.

Dass aus diesen Partnerschaften keine Kinder hervorgehen, spielt dabei keine Rolle, da auch aus Ehen nicht zwingend Familien werden.

Schwule und lesbische Paare werden heute von der Rechtsordnung fast durchgängig als Fremde behandelt, auch wenn sie in einer langjährigen festen Bindung leben. Alle Rechte, die Familien-angehörigen zustehen, werden ihnen verwehrt - im Krankheits- und Todesfall, im Sozial- und Mietrecht, im Ausländerrecht, vor Gericht und im Strafvollzug.

JuLis und FDP fordern, dass Schwule und Lesben künftig ihre Partnerschaft mit Rechten und Pflichten verbinden und rechtlich absichern können - ähnlich wie heterosexuelle Paare das in der Ehe können.

Die JuLis haben dazu auf der Grundlage des FDP-Wahlprogrammes einen Gesetzentwurf erarbeitet, der im Familienrecht das neue Rechtsinstitut „eingetragene Lebenspartnerschaft“ einführt. Hiernach können zwei Schwule bzw. Lesben vor dem Notar eine solche Partnerschaft eingehen, wenn sie erklären, dauerhaft füreinander eintreten zu wollen. Die Partnerschaft wird dann vom Standesbeamten eingetragen.

Der Gesetzentwurf sieht weiter vor, dass die eingetragenen Lebenspartner in fast allen Rechtsbereichen Ehepartnern gleichgestellt werden. Einige wenige Unterschiede müssen aufgrund der verfassungsrechtlichen Sonderstellung der Ehe erhalten bleiben.

Die gravierendste Diskriminierung schwuler Männer durch staatliche Stellen gibt es in der Bundeswehr. Zwar werden Schwule seit 1980 zum Wehrdienst eingezogen und werden als Wehrpflichtige nicht anders behandelt als andere junge Männer. Echte Probleme gibt es aber bei Zeit- und Berufssoldaten.

Wenn deren Homosexualität bekannt wird, werden sie von der Leitung der Bundeswehr in unerträglicher Weise diskriminiert. Das

Gleichstellung für Schwule und Lesben

Verteidigungsministerium unterstellt schwulen Soldaten generell Einschränkungen ihrer Eignung und Verwendungsfähigkeit. Insbesondere wird die notwendige Autorität als Vorgesetzter abgestritten.

Somit können schwule Soldaten nicht Offiziere oder Unteroffiziere werden, wenn ihre Homosexualität zuvor bekannt wird. Eine Übernahme als Berufssoldat erfolgt dann trotz bester Zeugnisse nicht. Nicht einmal, wenn sich sogar Vorgesetzte und Untergebene dafür einsetzen.

Das gleicht einem Berufsverbot. Denn nicht persönliche Leistung und Befähigung im Einzelfall sind maßgebend, sondern die generelle Abqualifizierung als Angehöriger einer Minderheit.

Die JuLis fordern das Bundesverteidigungsministerium auf, die Diskriminierungen in der Bundeswehr zu beenden. Statt Vorurteile aufrechtzuerhalten, ist es Aufgabe staatlicher Institutionen, Leistung zu belohnen und Toleranz zu fördern.

Bisher sind FDP-Abgeordnete vergeblich beim Verteidigungsministerium vorstellig geworden, um die Situation schwuler Soldaten zu verbessern.

Falls die Verwaltungspraxis nicht geändert wird, muss daher im Soldatengesetz klargestellt werden, dass die sexuelle Orientierung kein Hindernis für eine Karriere in den Streitkräften sein darf.